1178/A(E)
vom 18.11.2026 (XXVIII. GP)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Agnes-Sirkka Prammer, Freundinnen und Freunde

betreffend Rücknahme des neuen Dienstzeitmanagements der Polizei

BEGRÜNDUNG

Am 9. Dezember 2025 hat das Bundesministerium für Inneres ein „neues, modernes Dienstzeitmodell für die Polizei" vorgestellt.[1] Seit 1. September 2026 läuft ein Probebetrieb in den Bereichen Wien-Brigittenau (samt Leopoldstadt), Linz, Bregenz, Leibnitz und Gänserndorf.[2] Ab 1. April 2027 soll das Modell bundesweit gelten.[3]

Offiziell wird das Vorhaben mit Flexibilität, Planbarkeit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf begründet.[4] Das Innenministerium betont, das neue Dienstzeitsystem sei „kein Sparprogramm".[5] Die Budgetunterlagen der Bundesregierung zeichnen ein anderes Bild:

Bereits im Doppelbudget 2025/2026 war das Modell als Einsparung eingeplant. Der Budgetdienst des Parlaments hält fest, dass ein neues Dienstzeitmodell zu einer Reduktion der Mehrdienstleistungen führen soll. Den Rückgang des Personalaufwands im Innenressort 2026 um 81 Mio. Euro begründet er unter anderem mit „geplanten Einsparungen durch effizientere Dienstzeitplanungen im Exekutivbereich".[6] In den Budgetberatungen wurde die Optimierung der Dienstplanung in einem Atemzug mit den Konsolidierungsmaßnahmen des Ressorts genannt.[7] Der Innenminister bestritt zwar ein Sparmotiv, räumte aber ein, dass in manchen Bereichen mehr Überstunden-Einsparungen möglich seien.[8]

---

[1] Bundesministerium für Inneres, Presseaussendung „Neues, modernes Dienstzeitmodell für die Polizei", OTS0141, 09.12.2025, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20251209_OTS0141/neues-modernes-dienstzeitmodell-fuer-die-polizei.

[2] ORF Wien, „Pürstl verspricht mehr Streifendienste", 31.08.2026, https://wien.orf.at/stories/3369147/; Bundesministerium für Inneres, Presseaussendung „Neues Dienstzeitmodell erhöht in Bregenz die Streifenpräsenz", OTS0012, 06.09.2026, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20260906_OTS0012/neues-dienstzeitmodell-erhoeht-in-bregenz-die-streifenpraesenz.

[3] news.at (APA), „Neues Dienstzeitsystem für Polizei, mehr Geld im Nachtdienst", 31.08.2026, https://www.news.at/politik/neues-dienstzeitsystem-fur-polizei-mehr-geld-im-nachtdienst.

[4] BMF, Bundesvoranschlag 2027, Teilheft UG 11 Inneres, S. 147 (Wirkungsziel 4, Projekt Dienstzeitmanagement), https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2027_2028/bfg2027/teilhefte/UG11/UG11_Teilheft_2027.pdf.

[5] vienna.at, „Neues Dienstzeitmanagement für Polizei: Probebetrieb im 20. oder 22. Wiener Bezirk?", 09.12.2025 (Aussage BMI-Generalsekretär Andreas Achatz), https://www.vienna.at/neues-dienstzeitmanagement-fuer-polizei-probebetrieb-im-20-oder-22-wiener-bezirk/9859859.

[6] Budgetdienst des Parlaments, Budgetanalyse 2025 und 2026, 31.05.2025, Abschnitt UG 11-Inneres, S. 136, https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/budget/BD-Budgetanalyse-2025-und-2026.pdf.

[7] Parlamentskorrespondenz Nr. 499 vom 05.06.2025, „Budgetberatungen des Nationalrats: Innenressort mit Sparpotential beim Asylwesen", https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2025/pk0499.

[8] Parlamentskorrespondenz Nr. 499 vom 05.06.2025, „Budgetberatungen des Nationalrats: Innenressort mit Sparpotential beim Asylwesen" (Aussage BM Karner im Budgetausschuss), https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2025/pk0499.

Das Doppelbudget 2027/2028 setzt diesen Kurs fort. Die Auszahlungen für Mehrdienstleistungen in der UG 11 sinken von 395,7 Mio. Euro (BVA 2026) auf 362,1 Mio. Euro (2027) und 353,0 Mio. Euro (2028).[9] Bei den Landespolizeidirektionen, wo das neue Dienstzeitmanagement gilt, fällt der Ansatz von 336,8 Mio. Euro auf 312,7 Mio. Euro (2027) und 304,0 Mio. Euro (2028).[10] Der Budgetdienst führt den Rückgang der Personalauszahlungen um 59 Mio. Euro im Jahr 2027 unter anderem auf die Verminderung der Mehrdienstleistungen um 34 Mio. Euro bzw. 8,5 Prozent zurück; 2028 sollen weitere 50 Mio. Euro eingespart werden.[11]

Gleichzeitig bleibt die Zahl der Planstellen im Exekutivdienst unverändert bei 32.405.[12] Der BMI-Generalsekretär Andreas Achatz selbst ging bei der Präsentation davon aus, dass die Überstundenbelastung etwa gleich hoch bleiben werde.[13] Gleich viele Polizistinnen und Polizisten, gleich viel Mehrarbeit, aber deutlich weniger Geld dafür: Diese Rechnung geht nur auf, wenn Mehrdienstleistungen umorganisiert und schlechter abgegolten werden. Genau das leistet das neue Dienstzeitmanagement.

Der Innenminister bestreitet diesen Zusammenhang. Schriftlich teilte er dem Nationalrat mit, die Zielvorgaben für Überstunden der Landespolizeidirektionen würden fortgeschrieben und „stellen keine Reduktion dar".[14] Öffentlich versicherte er, im Doppelbudget 2027/2028 sei keine Verringerung der Überstunden vorgesehen.[15] Die eigenen Budgetzahlen des Bundes stehen dazu in klarem Widerspruch. Die Grünen haben in der Budgetdebatte am 8. Juli 2026 darauf hingewiesen, dass gleich viel Personal bei weniger Geld zwangsläufig ein Minus für die Einzelnen ergibt.[16] Wer den Polizeidienst attraktiver machen will, darf diese Rechnung nicht verschweigen.

Die Folgen tragen die Beamtinnen und Beamten. Selbst ein Gutachten der PVAB vom 19. Juni 2026 hält fest, dass mit der Beschränkung des Journaldienstes finanzielle Einbußen für die Bediensteten verbunden sein können.[17] Der Innenminister räumt offen ein, dass mehr Freizeit „weniger Verdienst" bedeutet.[18] Die sozialdemokratische Gewerkschaftsfraktion FSG bezeichnet die Kürzung der Journaldienst-

---

[9] BMF, Bundesvoranschlag 2028, Teilheft UG 11 Inneres, S. 6, https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2027_2028/bfg2028/teilhefte/UG11/UG11_Teilheft_2028.pdf.

[10] BMF, Bundesvoranschlag 2028, Teilheft UG 11 Inneres, S. 35, https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2027_2028/bfg2028/teilhefte/UG11/UG11_Teilheft_2028.pdf.

[11] Budgetdienst des Parlaments, Budgetanalyse 2027 und 2028, Juli 2026, Abschnitt UG 11-Inneres, S. 85, https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/budget/BD-Budgetanalyse-2027-und-2028.pdf.

[12] BMF, Bundesvoranschlag 2027, Teilheft UG 11 Inneres, S. 10 (Personalplan, Exekutivdienst), https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2027_2028/bfg2027/teilhefte/UG11/UG11_Teilheft_2027.pdf.

[13] vienna.at, „Neues Dienstzeitmanagement für Polizei: Probebetrieb im 20. oder 22. Wiener Bezirk?", 09.12.2025, https://www.vienna.at/neues-dienstzeitmanagement-fuer-polizei-probebetrieb-im-20-oder-22-wiener-bezirk/9859859.

[14] Budgetanfragebeantwortung 28/SABBA XXVIII. GP des Bundesministers für Inneres vom 06.07.2026, S. 34, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/SABBA/28/imfname_1769941.pdf.

[15] ORF Wien, „Pürstl verspricht mehr Streifendienste", 31.08.2026, https://wien.orf.at/stories/3369147/.

[16] Stenographisches Protokoll der 91. Sitzung des Nationalrates, XXVIII. GP, 08.07.2026, Redebeitrag Abg. Mag. Agnes-Sirkka Prammer, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/NRSITZ/91/A_-_20_46_42_00996609.pdf.

[17] Salzburger Nachrichten, „Gutachten stützt Änderungen im Dienstzeitmodell bei Polizei", 25.06.2026, https://www.sn.at/panorama/oesterreich/gutachten-stuetzt-aenderungen-im-dienstzeitmodell-bei-polizei-art-658572.

[18] news.at (APA), „Neues Dienstzeitsystem für Polizei, mehr Geld im Nachtdienst", 31.08.2026 (Aussage BM Karner), https://www.news.at/politik/neues-dienstzeitsystem-fur-polizei-mehr-geld-im-nachtdienst.

stunden als „strukturelle Einkommensverschlechterung".[19] In Linz bieten seit Beginn des Probebetriebs acht von elf Polizeiinspektionen keinen nächtlichen Parteienverkehr mehr an.[20]

Die Polizei braucht mehr Personal und verlässliche Arbeitsbedingungen, kein Sparprogramm im Gewand einer Dienstplanreform. Ein Dienstzeitmodell, das im Budget als Einsparung verbucht ist, Einkommen der Bediensteten schmälert und den Personalmangel nicht löst, ist kein Beitrag zur Sicherheit. Es ist daher zurückzunehmen. Eine Weiterentwicklung der Dienstzeiten darf nur im Einvernehmen mit der Personalvertretung, auf Basis einer unabhängigen Evaluierung und einhergehend mit einer fairen Bezügereform erfolgen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, den Probebetrieb des neuen Dienstzeitmanagements zu beenden und von der bundesweiten Einführung Abstand zu nehmen und stattdessen ein mit einer Bezügereform verbundenes Modell vorzulegen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für innere Angelegenheiten vorgeschlagen.

---

[19] Martin Noschiel, Fraktionsvorsitzender FSG/Klub der Exekutive, Entgegnung an die Zeitschrift Kommunal, Wien, 03.03.2026, https://kommunal.at/sites/default/files/2026-03/Entgegnung%20Zeitschrift%20Kommunal.pdf.

[20] news.at (APA), „Kein nächtlicher Parteienverkehr bei den meisten Linzer PIs", 01.09.2026, https://www.news.at/politik/kein-nachtlicher-parteienverkehr-bei-den-meisten-linzer-pis.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-11-18T18:23:04+01:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	